Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Kaden & Comp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 4.50 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 13.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn monatlich 5.75 M. Einzelnummer 25 Pf. **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Geschäftsstelle:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 1.80 M., Familienanzeigen 1.30 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6.00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 20 Pf.

Nr. 97 | Dresden, Mittwoch den 28. April 1920 | 31. Jahrg.

Von San Remo nach Spa

Vergeblich hatte einst die deutsche Friedensdelegation unter der Führung des Grafen Brockdorff-Rantzau versucht, in mündliche Verhandlungen mit den Alliierten treten zu dürfen. Clemenceau, der „Tiger", hatte dieses Verlangen schroff zurückgewiesen. Denn er witterte, daß dann leicht sein dämonischer Einfluß auf die Bundesgenossen gebrochen und ihm ein Teil der Beute, die er endlich, endlich in den Tatzen hielt, entrissen werden könnte. Und doch wäre es auch für Frankreich besser gewesen, hätte man den Deutschen die Möglichkeit gewährt, in vernünftiger Rede und Gegenrede zu verhandeln, statt nur apodiktische Befehle entgegenzunehmen. Die Grande nation wäre dann nicht wie jetzt bei ihren Versuchen, Unmögliches zu erpressen, als Trägerin eines maßlosen Militarismus überall, auch bei ihren Blutsfreunden von gestern, in Verruf geraten, sie hätte ihre Söhne, die der Stahlhelm nicht minder drückt als vordem unsre Soldaten, längst in die Heimat entsenden können, wo man ihrer so dringend bedarf, sie hätte sich endlich die Niederlage erspart, die jeder sich über kurz oder lang zuzieht, der maßlosen Leidenschaften blindlings folgend, alle Vernunft mißachtet.

Diese Niederlage hat Frankreich in San Remo erlitten. Auf den ersten Blick freilich gleicht die Erklärung des Obersten Rates, mit der die Besprechung der deutschen Frage in San Remo abschloß und die wir gestern veröffentlichten, noch ganz den bittern Gaben aus dem Versailler Hexenkessel, in die Clemenceau das schwarze Gift seines Hasses geknetet hatte. Einmütig betonen die Alliierten, daß der Versailler Friedensvertrag, der die Basis der Beziehungen zu Deutschland bilde, durchgeführt werden müsse. Einmütig verweigern sie Deutschlands Bitte um Bewilligung eines Zweihunderttausend-Mann-Heeres und lehnen selbst die Besetzung eines neuen Teiles des Deutschen Reiches nicht grundsätzlich ab.

Aber — nicht alles ist Gold, was glänzt, nicht alles bis in den Kern Eisen, was da rasselt. Wer näher zusieht, muß bemerken, wie durch die Fugen in der starren Rüstung der Erklärung friedwillige Vernunft äugelt und das kriegerische Kleid Lügen straft. Spricht nicht schon der Satz, daß man der deutschen Regierung keine allzu engherzige Interpretation des Friedensvertrages aufzwingen wolle, dem Geiste von Versailles Hohn? Und wie Knecht Rupprecht mit Sack und Rute unter Polterreden den Kindern am Weihnachtsabend den rotbäckigen Apfel, so reicht uns der Oberste Rat scheltend eine Gabe, auf die wir, durch ewige Enttäuschungen skeptisch geworden, kaum noch rechneten. Es ist die Einladung des deutschen Reichskanzlers zu mündlichen Besprechungen in Spa am 25. Mai.

Havas berichtet, Millerand habe den Alliierten dafür gedankt, daß sie sich Frankreichs Politik angeschlossen hätten. Dabei hat der französische Ministerpräsident gewiß einen säuerlichen Geschmack im Munde verspürt. Man braucht sich nur daran zu erinnern, mit welcher Entrüstung die Pariser nationalistische Presse schon die Andeutungen einer Einladung an die deutsche Regierung zu mündlichen Verhandlungen aufnahm, um zu erkennen, daß in dieser Frage Italien und England, nicht Frankreich die Richtung angaben. Und die ausdrückliche Versicherung, seine Nation habe keinerlei annexionistische Absichten in Deutschland, solche Unterstellungen seien lächerlich und verbrecherisch, gab Millerand auch nicht aus eigenem Antrieb, desavouiert sie doch die mächtige Militärkamarilla mit Foch an der Spitze, die am liebsten Frankreichs Grenze bis an die Weser vorschöbe, auf das äußerste. Diese Erklärung geht vielmehr auf den entschiedenen Wunsch Nittis und Lloyd Georges zurück, die die Schaffung eines neuen Elsaß-Lothringen an der Ruhr nicht dulden wollen.

Der französische Ministerpräsident kann seinen Mißerfolg vor seinen Landsleuten einzig damit beschönigen, daß er den Ton der Erklärung und die Ablehnung der deutschen Heeresnote besonders herausstreicht, eine Ablehnung, die allerdings auch nur eine vorläufige ist und vielleicht in Bälde widerrufen wird. Sich selbst aber wird er nicht täuschen über seine Niederlage. Hoffen wir, er möge daraus die Erkenntnis schöpfen, daß die Aera Clemenceau nun endgültig vorbei ist und Frankreich Gefahr läuft, sich völlig zu isolieren, wenn es, gegen jede Vernunft und gegen den Willen seiner Bundesgenossen, den Weg der Gewalt fortsetzt, den es bis jetzt ging.

Lloyd George und Nitti haben in San Remo gesiegt, gesiegt auch für uns. Aber die ganze Situation würde eine andre, die Scharfmacher erhielten wieder Oberwasser, wenn Deutschland auch nur einen Augenblick in den Alliierten Zweifel daran aufkommen ließe, daß es ihm mit seiner oft betonten Friedfertigkeit und mit seinem Willen zur Wiedergutmachung ernst ist. Neue Putsche von rechts oder links müßten alles zerstören, was in San Remo aufgebaut wurde. Das Vertrauen zu Deutschland, das schüchtern selbst schon im Obersten Rate keimt, schlägt ins Gegenteil um an dem Tage, da wir aufhören, eine Republik auf demokratischer Grundlage zu sein; das geht aus allen Aeußerungen der Entente deutlich hervor. An solchem Tage zerbrächen auch alle die Hoffnungen, die wir jetzt mit Recht auf die Spaer Konferenz setzen, auf der wir zum ersten Male wieder nach dem Zusammenbruch als vollberechtigte Nation erscheinen.

Die Aufgaben, die des deutschen Abgesandten in dem belgischen Ardennenbade harren, sind viele und schwierige. Nicht alles, was wir möchten, wird er uns von dort mitbringen. Und gar die Deutschnationalen und ihre Gesinnungsgenossen wird das Ergebnis nicht befriedigen. Aber sie werden nicht leugnen können, daß zutrifft, was der Vorwärts schreibt:

Daß es überhaupt soweit gekommen ist, daß drei Monate nach der Auslieferungskrise und drei Wochen nach der Besetzung Frankfurts überhaupt eine solche Einladung der Entente zu einer mündlichen Besprechung an die deutsche Regierung ergeht, ist jedenfalls ein großer Erfolg der Politik unsrer Partei. Die S. P. D. ist es gewesen, die stets darauf bedacht gewesen ist, allen Vorwürfen der äußersten Linken zum Trotz, das gute Recht und die schwierige Lage Deutschlands der ganzen Welt vor Augen zu führen. Durch ihre Beteiligung an der Koalition hat sie zugleich dem Auslande die Gewähr dafür, daß Deutschland eine Demokratie sei, die sowohl den Versuchen der reaktionären Kräfte, wieder zur Macht zu gelangen, wie auch dem wahnsinnigen Streben nach Errichtung einer Sowjetdiktatur entschlossenen Widerstand leisten würde. Von der Stärke der Sozialdemokratischen Partei wird auch die weitere Gestaltung der Dinge in Deutschland und in Europa abhängen. Die Massen der Arbeiter, Angestellten und Beamten werden bei den kommenden Wahlen durch das Bekenntnis zu unsern Grundsätzen und zu unsrer Politik nicht nur einem Gebot der elementarsten Dankbarkeit folgen, sondern auch ihr Verständnis für die Vorbedingungen einer bessern Zukunft Deutschlands zeigen, welche in erster Linie von einer Verständigung mit den Gegnern von gestern, von einer Revision des Friedensvertrages durch dessen Erfüllung abhängig ist.

* * *

Gleichberechtigung der deutschen Vertreter

Amsterdam, 28. April. Nach einer Meldung des Telegraaf aus San Remo erklärte Lloyd George bei einem Empfang italienischer Journalisten: die Alliierten würden bei der bevorstehenden Zusammenkunft in Spa die deutschen Vertreter als gleichberechtigt behandeln. Ein italienischer Diplomat bezeichnete die Konferenz als einen großen Sieg der neuen Politik Nittis.

* * *

Dr. Mayer in Berlin

Berlin, 28. April. Der deutsche Geschäftsträger in Paris, Dr. Mayer, ist aus Paris über München, wo er sich zwei Tage aufhielt, in Berlin zu Besprechungen mit der Reichsregierung eingetroffen. Gestern hatte er eine lange Konferenz mit dem Reichskanzler Müller und mit dem Außenminister Dr. Köster. Später konferierte er im Reichstag mit dem Reichswehrminister Dr. Geßler, dem Minister Bauer und verschiedenen Abgeordneten. Heute wird sich Dr. Mayer mit dem Vertreter des Wiederaufbauministers und hierauf erneut mit dem Reichskanzler und schließlich mit dem Reichsfinanzminister Dr. Wirth besprechen. **Die Abreise nach Paris erfolgt übermorgen.**

Deutschnationale Wahlmache

Die bürgerlichen Parteien bekommen das Wahlfieber. Am ehesten und schwersten die Herren von ganz rechts. Sie sind in einer nicht ganz beneidenswerten Lage. Die Wahlen, deren baldige Ausschreibungen Kapp als Vorwand für seinen Putsch gebrauchte, machen ihnen schwere Sorge. Das mißglückte Abenteuer hat viele der Felle fortschwimmen lassen, die sie schon sicher in ihre politische Lohgerberei geborgen fühlten. So ziehen sie denn die schon etwas zerschlissene Fahne des Bolschewistenschrecks auf.

Schon in der zweiten Nummer rollt die Deutsche Zeitung über ganze Seiten hinweg den Aufmarschplan der bald auf der Bildfläche erscheinenden Roten Armee auf. Nun könnte zwar den Bolschewisten von rechts die Mitwisserschaft und Teilhaberei am nächsten Aufstand nach der neuesten nationalbolschewistischen Mode am ehesten zugetraut werden, aber die ganze Aufmachung der Sache weist auf ein plumpes Wahlmanöver hin. Die Herren wollen ablenken. Das deutsche Volk hat erkannt, daß die schlimmste Gefahr, die ihm droht, die von rechts ist, es weiß, daß diese Gefahr noch nicht im mindesten gebannt ist, darum das krampfhafte Hinweisen auf eine baldige kommunistische Erhebung.

Nehmen wir einmal an, das wäre wahr, was die Deutsche Zeitung erzählt. Nehmen wir an, es bestände ein kommunistisch-militärischer Plan zur Eroberung des Reiches. Das würde bedeuten, daß die Qualitäten der kommunistischen Hirne mit denen der Kappisten in idealen Wettbewerb treten könnten. Mehr noch, sie ständen noch unter der Geistesverfassung der Rechtsmilitaristen, soweit dies überhaupt möglich ist. Denn die Kommunisten haben wohl das Mehrfache bitterer Erfahrungen hinter sich von dem, was die Kappaunen am 13. März noch vor sich hatten. Der militärische Aufmarschplan allein tut's nämlich nicht. Davon können die Ludendörffier beider Fakultäten ein Lied singen. Auch die Bewegungen der Roten Armee im Ruhrrevier zeugten von guter Vorbereitung und Führung. Trotzdem ist die Bewegung gescheitert. Sie war stark nur in der kurzen Zeit, als die Arbeitermassen des Industriereviers, durch die Kappmine ins Fluten gebracht, in die vorgebauten Reservoires des roten Armeeaufmarsches strömten. In derselben Sekunde, da der Zusammenbruch der Kappiade offenbar wurde und die zur Verteidigung der Demokratie aufgestandenen Arbeitermassen ihre Waffen niederlegten, war es mit der Stoßkraft der Roten Armee vorbei. Die Demokratie ist in Deutschland eine so starke Macht geworden, daß kein roter oder blauer Militarismus sich auf die Dauer gegen ihn halten kann. Wenn wir scharfes Vorgehen gegen die Putschisten verlangen, so nicht darum, weil wir sie fürchteten, sondern in der Erkenntnis, daß die albernen Putschereien immerhin für das Volk sehr kostspielige und wenig reizvolle Unterbrechungen seines ohnehin nicht leichten Lebens bedeuten, und daß Arbeitskraft und Opferwille der Volksmehrheit zu heilige Güter sind, als daß wir sie ewig gegen demagogische Putschlinge ausspielen möchten. Wägt man die zwei Gefahren von links und von rechts gegen einander ab, so finden wir, daß wir der von links etwas mehr Verständnis, der von rechts aber doppelt so viel Argwohn und Wachsamkeit entgegenzubringen haben.

Die Leute von der Deutschen Zeitung sind gerade die richtigen, um die Putschlüsternheit andrer zu denunzieren. Wer einmal hinter einer Tür gestanden hat, vermutet leicht andre dahinter. Natürlich fällt es diesen Leuten schwer, die letzte Hoffnung fahren zu lassen und sich an den Gedanken gewöhnen zu müssen, daß die Reichswehr von morgen nicht mehr das Instrument ihrer politischen Absichten sein könnte. Das ist dann schon eine Rote Armee, selbst wenn sie nur eine Brigade stark sein sollte und von den Demokraten Geßler aufgestellt wird. Nebenbei zeugt es von wenig Mut. Herren, die sich nur stark fühlen, wenn sie alle Flinten auf ihrer Seite haben, aber schon aus einer kleinen halbwegs demokratischen Truppe den Bolschewismus herauskriechen, das sind gerade jene Kraftnaturen, die Deutschland braucht, um aus allen Nöten erlöst zu werden. Aber sie scheinen so ziemlich alle den gleichen Schmiß zu haben; denn seit jenen Novembertagen ist noch immer jeder ausgekniffen, der zu jener Gilde gehörte und etwas auf dem Kerbholz hatte. Nur die Langmut und die Vergeßlichkeit des Volkes macht sie immer wieder frech.

Kein Putschversuch in Essen

Essen, 28. April. Ein Berliner Mittagsblatt brachte gestern die Meldung von der Entdeckung eines Putschversuchs, der sich gegen die neugebildete Sicherheitswehr richten sollte. Wie die Telegraphen-Union an hiesiger zuständiger Stelle erfährt, hat sich diese Meldung bisher nicht bestätigt.

Neueste Telegramme

Die Schlußarbeiten der Nationalversammlung

Berlin, 28. April. Nach einem Beschluß des Aeltestenausschusses wird die Nationalversammlung ihre Beratungen morgen beenden, jedoch am Mittwoch den 19. Mai nochmals zusammentreten, um die dann vorliegenden dringlichen Gesetzentwürfe zu erledigen. Vermutlich werden diese Beratungen am Freitag den 21. Mai abgeschlossen sein.

Der Volkswirtschaftsausschuß ist genötigt, noch eine Reihe von Verordnungen durchzuberaten, und wird deshalb bereits am 17. Mai von neuem seine Arbeiten wieder aufnehmen. Der Haushaltsausschuß tritt heute abend unmittelbar nach Schluß der Vollsitzung zusammen, um die vom Reichsrate abgeänderte Postgebührenordnung einer neuen Beratung zu unterziehen.

Die Ablieferung des Heeresgutes

Berlin, 28. April. Die Deutsche Allg. Ztg. weist in einem Artikel über die Ablieferung von Waffen und Heeresgerät an die Entente noch, daß die deutsche Regierung in loyalster Erfüllung des Friedensvertrages alles zur Beschleunigung der Abrüstung getan habe. Das Blatt führt im einzelnen aus, in welcher Weise Deutschland den Verpflichtungen nachgekommen sei. Was die Unbrauchbarmachung des Kriegsgeräts anlange, so habe man alsbald nach dem Waffenstillstand damit begonnen. Für das gesamte Wirtschaftsleben Deutschlands sei aber die neue Forderung der Ueberwachungskommission, ihr das Eigentumsrecht an den gesamten Schrotmengen zuzubilligen, von schwerwiegender Bedeutung. Während des Krieges seien fast die gesamten Rohstoffe für Heeresgerät nutzbar gemacht worden. Die Auslieferung dieser gewaltigen Schrotmengen würde den Niederbruch der deutschen Stahl- und Eisenindustrie bedeuten, die ihre Betriebe nur mit diesen Schrotmengen einigermaßen aufrechterhalten können. Das Blatt hofft, die Entente werde auf ihrer Forderung nicht beharren, zumal nach dem Friedensvertrage ihr das Eigentumsrecht an dem Schrot nicht zustehe.

Internationaler Gewerkschaftsverkehr

Amsterdam, 28. April. Den Blättern zufolge sind die beiden Sekretäre des Internationalen Gewerkschaftsverbandes, Fimmen und Oudegeest, zu Besprechungen mit Gewerkschaftsführern und Regierungsmitgliedern nach Berlin abgereist.

Die Abordnung der englischen Arbeiterorganisationen ist, wie aus London gemeldet wird, gestern nach Rußland abgereist. Sie gedenkt, sechs Wochen zu bleiben und außer Petersburg und Moskau auch andre russische Plätze zu besuchen.

Ende des Huller Streiks

Amsterdam, 28. April. Wie aus London gemeldet wird, haben die streikenden Hafenarbeiter in Hull beschlossen, heute die Arbeit wieder aufzunehmen.

Banknotenfälscher

Wien, 28. April. Wegen Fälschung des österreichischen Stempels auf 1000 und 10 000-Kronen-Noten wurden den Blättern zufolge gestern sieben Personen verhaftet, darunter ein Steindruckergehilfe, der Oesterreichisch-Ungarischen Bank.

Der sächsische Zugverkehr an Sonn- und Festtagen

Für die Zeit bis zum Inkrafttreten des neuen Sommerfahrplanes am 1. Juni wird der Zugverkehr auf den Linien der sächsischen Staatsbahnen wie folgt geregelt:

a) am Sonnabend den 1. Mai wird nur der bisherige beschränkte Sonntagsverkehr durchgeführt;

b) an den Sonntagen, 2., 9., 16. und 30. Mai tritt ein erweiterter Sonntagsverkehr in Kraft. Auskünfte über die verkehrenden Züge erteilen von Freitag an die Stationen;

c) am Himmelfahrtstag, den 13. Mai und am Pfingstmontag den 24. Mai, wird, wie bisher, an den Feiertagen inmitten der Woche üblich, der Zugverkehr im allgemeinen wie an Werktagen durchgeführt. Es fallen nur die für den Berufs- und Arbeitsverkehr entbehrlichen Züge aus.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200428/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG